

Antrag Nr. 05-O-23-0040

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Vorkehrungen für die baldige Öffnung der Westfalenstraße als Zufahrt zum Heidestock und zur Entlastung des Rosmarinwegs

Antragstext:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die zuständigen Dezernenten werden gebeten, auf die amerikanischen Militärdienststellen und die zuständigen deutschen Verwaltungsstellen einzuwirken, dass im Zuge der Umstrukturierung beim amerikanischen Militär in Wiesbaden die wohnungswirtschaftliche Planung so gelenkt werden, dass im Bereich der Westfalenstraße (verlängerte Schuppstraße) kein Militärpersonal mit besonderer Sicherheitsbedeutung wohnt.

Ebenfalls werden diese Stellen gebeten, die Prüfung wegen der Öffnung der Zu – und Abfahrt zum und vom Heidestock über die Westfalenstraße (und die zugehörigen Teilstrecken der Bayernstraße und der Württembergstraße) beschleunigt durchzuführen und diese Verkehrsverbindung umgehend wieder zur Verfügung zu stellen.

Begründung.

Bei einem Informationsgespräch mit Mitgliedern des Ortsbeirats hat Herr Prof. Dr. Pös es als naheliegendste, wirksamste und kostengünstigste Maßnahme zur Entlastung des Rosmarinwegs und zur besseren Verkehrsanbindung des Heidestocks an Sonnenberg erklärt, die jetzt gesperrte Verbindung über die Westfalenstraße wieder zu öffnen.

Schwerwiegende Sicherheitsgründe für die Schließung lassen sich nicht mehr anführen, wie Dr. Pös ganz zutreffend erklärt hat.

Angesichts der leeren Kassen der Stadt, aus denen selbst dringend gebotene Maßnahmen des Erhaltungsaufwands und der Verkehrssicherheit für viele Verkehrswege nicht mehr zu leisten sind, muss diese kostengünstige und in technischer Hinsicht kurzfristig und leicht realisierbare Maßnahme höchste Priorität zur Behebung der Probleme im Heidestock mit der Verkehrsbelastung haben.

Damit die behaupteten Sicherheitsgründe wegen einzelner Personen, die im Bereich der Westfalenstraße (verlängerte Schuppstraße) wohnen und bei denen besondere Sicherheitsbedürfnisse vorliegen sollen, nicht weiter der berechtigten Forderung nach der Öffnung des Verkehrswegs entgegengehalten werden, sollen die zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass die Fluktuation bei der Wohnungszuweisung gezielt eingesetzt wird, dass dort Personen mit besonderen Sicherheitsbedürfnissen nicht mehr hinziehen.

Da die bisher behaupteten Gründe für die Sperrung jedenfalls jetzt nicht mehr plausibel sind, ist es Aufgabe der in Wiesbaden zuständigen Stellen, die Sperrung zu beenden.

G. Apfelstedt

Begründung:

Antrag Nr. 05-O-23-0040
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wiesbaden,